

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Erhard Eppler zum Kirchentag in Ostberlin: Selbstbewußte Bürger der DDR.
Seite 1

Alwin Brück MdB zum jüngsten Geschäftsbericht der Europäischen Investitionsbank: Darlehen für Europa und die Dritte Welt.
Seite 2

Florian Gerster MdB zur deutsch-französischen Sicherheitsfreundschaft: Brauchen wir eine französische „Führung“?
Seite 3

Ottmar Schreiner MdB zu den Fortschrittsthesen von Dieter Spöri und Uli Maurer: Den Finger auf die richtige Wunde gelegt.
Seite 4

Dokumentation:

Der SPD-Europaabgeordnete Dr. Gerhard Schmid sprach am 27. Juni auf der Trauerfeier für Bruno Friedrich in Hönning (Franken). Wortlaut
Seite 6

42. Jahrgang / 119

29. Juni 1987

Selbstbewußte Bürger der DDR

Zum Kirchentag in Ostberlin

Von Dr. Erhard Eppler
Mitglied des SPD-Präsidiums

Kirchentage in der DDR sind schon deshalb schwer mit dem Deutschen Evangelischen Kirchentag zu vergleichen, weil sich die Kirchentage dort keinen Stab von erfahrenen hauptamtlichen Mitarbeitern leisten können. In Ostberlin war manches eher improvisiert, und natürlich gab es auch Pannen. Aber die Leistung der wenigen, die neben ihrer hauptberuflichen Arbeit diesen Kirchentag vorbereitet haben, ist erstaunlich. Kennzeichnend für die Kirchentage in der DDR ist die intensive menschliche Begegnung in kleinen Gruppen.

Auch diesmal kamen die Teilnehmer mehr zu Wort, als dies bei uns möglich ist. Sie konnten ihre Fragen anbringen, die an die Kirche, und die an den Staat, und zwar keineswegs nur da, wo einige Hunderte den „Kirchentag von unten“ proklamierten, der in westlichen Medien weit überdimensional abgehandelt wurde.

Auffällig war auch die Teilnahme von meist jüngeren Menschen, die sich als Nichtchristen bezeichneten, sich aber intensiv mit der Botschaft der Kirchen auseinandersetzen und erst als Erwachsene der Bibel begegnen.

Politisch fielen zwei scheinbar gegenläufige Entwicklungen auf. Zum einen waren die kritischen Anfragen an Staat und Kirche offener, direkter und härter als früher. Zum anderen identifizierten sich die Christen auf dem Berliner Kirchentag eindeutiger mit ihrem Staat als früher. Vielleicht ist dies kein Widerspruch. Da sprachen Bürger der DDR die, weil sie zu ihrem Staat ja sagen, ihn menschlicher machen wollen. Sie bieten Mitverantwortung und kritische Mitarbeit an. Auf dem Abschlußempfang konnte ich feststellen, daß die Vertreter der SED dies verstanden haben.

Während noch vor zehn oder 15 Jahren die Hoffnungsträger für viele Christen in der DDR im Westen lebten (einer war Willy Brandt), blickten die Christen in Berlin eher nach Osten, nach Moskau.

Meine Bemerkung auf dem überfüllten KSZE-Forum in Karlshorst am Sonntag vormittag, es sei doch erstaunlich, daß der erste Mann der östlichen Weltmacht sich nicht als Wissender, sondern als permanent Lernender präsentiere, erregte einen Sturm des Beifalls. Er galt Gorbatschow, aber auch der Hoffnung, in der DDR selbst künftig mehr Lernenden als Wissenden zu begegnen. (-/29.6.1987/vs/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verlagsgesellschaft
für allgemeine Publikation
Königsplatz



Darlehen für Europa und die 3. Welt

Zum jüngsten Geschäftsbericht der Europäischen Investitionsbank

Von Alwin Brück MdB

Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Bundestages

Die Europäische Investitionsbank, die 1958 durch die Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft errichtet wurde, ist ein wichtiges Finanzinstrument der Integrationspolitik innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft.

Sie widmet sich in ihrer Finanzpolitik sowohl der ausgewogenen Entwicklung der zwölf EG-Staaten als auch der wirtschaftlichen Unterstützung von zwölf Mittelmeerländern sowie 68 Staaten des afrikanischen, karibischen und pazifischen Raums.

Gemäß Artikel 130 des Vertrages von Rom handelt die Europäische Investitionsbank ohne Erwerbzweck als Finanzverwalter der von den EG-Staaten eingezahlten Mittel.

Die Bank hat jetzt ihren Geschäftsbericht für 1986 vorgelegt. Daraus geht hervor, daß sie ihre Finanzierungsaktivitäten in den vergangenen Jahren erheblich ausgeweitet hat. Laut diesem Geschäftsbericht war das Finanzvolumen im ersten Jahr der Zwölfergemeinschaft mit 7,5 Milliarden ECU (etwa 16,5 Milliarden DM) siebenmal höher als 1982.

Innerhalb der Gemeinschaft hat sich die EIB zur dringlichsten Aufgabe gestellt, durch die Vergabe günstiger Darlehen und Garantien zur Finanzierung von Investitionsvorhaben, die wirtschaftliche Entwicklung der schwächeren Regionen der Gemeinschaft zu fördern.

Im vergangenen Jahr wurden allein 3,5 Milliarden ECU zur Kreditvergabe in der gemeinschaftlichen Regionalförderung bereitgestellt. Im Vordergrund weiterer Investitionstätigkeit stehen die europäische Energiepolitik, der gesamte Technologiebereich sowie die Umweltpolitik. Alle Finanzprojekte der Europäischen Investitionsbank zielen auf die Integration der Gemeinschaft und die Schaffung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes, der nach der Einheitlichen Europäischen Akte bis 1992 verwirklicht sein soll.

Der deutsche Anteil an der Darlehensvergabe im Jahre 1986 erreichte mit 441 Millionen ECU ein bisher nicht erreichtes Niveau. Mit ihrem Schwerpunkt in der Umweltpolitik wurden diese Mittel für Investitionen zur Reduzierung der Schadstoffbelastung durch Kraftwerksemissionen verwandt.

Im Sinne einer wirtschaftlichen Hilfe für die Länder der Dritten Welt, vergibt die Europäische Investitionsbank auch Darlehen an Drittstaaten.

Im Rahmen der Abkommen von Lome sowie anderer Abkommen über finanzielle Zusammenarbeit zwischen der EG und Drittstaaten, wurde 1986 ein Darlehensvolumen von 1,6 Milliarden ECU an Mittelmeerländer und AKP-Staaten vergeben. Nach Wirtschaftsbereichen entfiel der größte Anteil auf Projekte in der Industrie und vor allem in der Landwirtschaft. (-/29.6.1987/vo-he/rs)

* * *



Brauchen wir eine französische „Führung“?

Zur deutsch-französischen Sicherheitsfreundschaft

Von Florian Gerster MdB

Vieles ist derzeit im Fluß in der internationalen und europäischen Sicherheitspolitik. Neben Alleingängen fantasiebegabter Politiker und Wissenschaftler, vordergründiger Tagespolitik und verblüffenden Rückgriffen auf Modelle der 50er und 60er Jahre bildet sich in der sicherheitspolitischen Auseinandersetzung des Westens ein neuer „Mainstream“ heraus:

- Westeuropa kann sich nicht mehr lange auf den fragwürdigen Schutz von Atomwaffen verlassen,
- die - im Verteidigungsfall früh eingesetzt - zerstören, was verteidigt werden soll.
- Atomwaffen müssen wieder als politische Waffen behandelt und aus ihrer operativen Rolle in der NATO-Strategie herausgenommen werden („minimum deterrence“).
- In einem künftigen Europa mit annäherndem konventionellen Kräftegleichgewicht muß es keine atomare landgestützte Verteidigung geben.
- Westeuropa ist zu stark, um seine Sicherheit in diesem Maße abhängig zu machen von amerikanischer Truppenpräsenz.
- Trotz der Ungleichheit Frankreichs und der Bundesrepublik hinsichtlich NATO-Integration, atomarer Rüstung und Verfügungsgewalt sowie konventioneller Truppenstärke bietet sich eine enge sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik an.
- Diese enge Zusammenarbeit ist keine Alternative, sondern Ergänzung der atlantischen Bündnispartnerschaft.

Viele sprechen über Euro-Strategie: Aber: brauchen wir eine französische „Führung“, müssen wir uns an Frankreich „anlehnen“? Müssen wir lange vor der Umsetzung der Idee gemischter deutsch-französischer militärischer Verbände bereits den französischen Oberbefehlshaber als verteidigungspolitisches Ziel ansteuern? Oder gar französischen Atomwaffen-Schutz durch bundesdeutsche konventionelle Stärke ergänzen wollen?

In der sicherheitspolitischen Bewertung von Zukunftsentwürfen sollte sorgfältig zwischen kurz- und längerfristigen Perspektiven unterschieden werden:

- Die amerikanische Truppenpräsenz und die alliierte Vorverteidigung müssen im Prinzip erhalten bleiben als sichtbare Verkoppelung westeuropäischer Interessen mit denen der westlichen Supermacht.
- Frankreichs Sonderrolle in der NATO sollte auf mittlere Sicht abgebaut, nicht verfestigt werden.
- Frankreichs Atomstreitmacht kann von wirksamer Abrüstung auf Dauer nicht ausgenommen werden.
- Wenn europäische Interessen in der NATO zu kurz kommen, muß der europäische Pfeiler innerhalb der NATO gestärkt werden.

Im übrigen: Westeuropa besteht nicht nur aus Frankreich und Deutschland... (—/29.6.1987/rs/fr)

* * *



Den Finger auf die richtige Wunde gelegt

Eine Auseinandersetzung mit den Fortschrittsthesen von Spöri und Maurer

Von Ottmar Schreiner MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung
Mitglied der Enquete-Kommission Technologiefolgenabschätzung

Selbst in groben Fehlern noch haust der gute Geist der Dialektik: Der Beitrag von Dieter Spöri und Uli Maurer „Der neue Fortschritt“ hat wohl nur deshalb eine längst überfällige Debatte über die technikpolitischen Reformdefizite der SPD ausgelöst, weil etliche Formulierungen äußerst mißverständlich sind. Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Finger auf die richtige, und zur Zeit vielleicht wichtigste Wunde der SPD gelegt wurde.

1. Mißverständnis:

Das Parteiprofil der SPD wird bundespolitisch keineswegs, wie behauptet, von der Sozialpolitik geprägt. So fristete zum Beispiel die Arbeits- und Sozialpolitik auf den vergangenen Bundesparteitagen - die 70er Jahre eingeschlossen - bestenfalls ein Mauerblümchendasein. Wenn die SPD dennoch im Bürgerbewußtsein eindeutige Kompetenzvorsprünge in zahlreichen sozialpolitischen Fragen (noch) hat, so mag dies einerseits historische Gründe haben, andererseits auch Folge davon sein, daß die konservativ-reaktionäre Koalition buchstäblich wie ein Elefant im Porzellanladen der Sozialpolitik herumgetrampelt ist.

2. Mißverständnis:

Die Bedeutung der Sozialpolitik für Arbeitnehmer ist reichlich unabhängig davon, in welcher bundesdeutschen Region sie leben und arbeiten. Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen, die riesigen zukünftigen Finanzierungsdefizite in der Rentenversicherung treffen in ihren teils erfolgten, teils denkbaren Auswirkungen, nämlich drastische Zunahme der Sozialversicherungsabgaben, den Geldbeutel eines Stuttgarter Automobilarbeiters genauso hart, wie den eines saarländischen Stahlarbeiters. Dies gilt selbst noch für die Arbeitslosenversicherung, da die Höhe der individuellen Abgablast bekanntlich nicht von der Summe der regionalen Arbeitslosigkeit abhängt, sondern von der bundesdeutschen Arbeitsmarktlage.

Im übrigen erscheint objektiv zweifelhaft, ob die SPD zur Bewältigung der Massenarbeitslosigkeit über eine dem Problembereich angemessene Lösungsskizze verfügt. Von einer „Überprofilierung zu Lasten südlicher SPD-Interessen“ kann keine Rede sein. Insoweit zielt die Bemerkung bei Spöri/Maurer, die „überzeugende Schutzfunktion der deutschen Sozialdemokratie ist die ausschlaggebende Vertrauensbasis für die imponierenden Wahlerfolge in Ländern mit großen wirtschaftlichen Strukturproblemen“ ins Leere.

3. Mißverständnis:

Das Gegeneinander-Ausspielen von Sozialpolitik und einer positiven Technikpolitik macht erst recht keinen Sinn, wenn begriffen wird, daß Technik- und Sozialpolitik keine getrennten Politik-elemente sind, sondern vielfältige Schnittpunkte haben, also eng miteinander verwoben sind. So



entscheidet zum Beispiel die besondere Natur oder die besondere Anwendung einer Technik darüber, ob das Arbeitsleben menschenfreundlicher oder inhumaner wird. Unstreitig scheint auch, daß sozialpolitische Instrumente die Entscheidung der Frage maßgeblich beeinflussen, ob technisch bedingte Produktivitätsschübe zu Arbeitserleichterung und Arbeitsverminderung für alle führen oder aber die Massenarbeitslosigkeit beschleunigen und die Spaltung der Gesellschaft vertiefen. Die Beispiele ließen sich beliebig fortführen.

Das zentrale Anliegen von Dieter Spöri und Uli Maurer soll durch die kritischen Anmerkungen von Angriffsflächen befreit werden, die den Blick auf eben dieses Anliegen verstellen könnten. Es ist absolut zutreffend, wenn im Papier der südlichen Spitzengenossen bemerkt wird, daß die zukünftige Regierungsfähigkeit der SPD in entscheidendem Maße davon abhängt, inwieweit sie positive technik- und technologiepolitische Perspektiven aufzeigen und vermitteln kann. Auch dies ist im übrigen keine Besonderheit für die wohlhabenden Länder des bundesdeutschen Südens, sondern gilt - angesichts hoher arbeitsmarktpolitischer Kompensationsaufgaben möglicherweise noch stärker - ebenso für eine krisengebeutelte Notstandsregion wie das Saarland.

Die neuen Techniken ermöglichen es, die letzten Verästelungen der toten wie der lebendigen Materie (Biotechniken) auszuleuchten und zu beeinflussen. Die Informations- und Kommunikationstechniken werden die gesellschaftlichen Strukturen grundlegend verändern. Große Chancen, aber auch große Risiken sind eng beisammen. Das von den konservativen bevorzugte Zusammenspiel von reinen Kapitalverwertungsinteressen und blinder Fortschrittsgläubigkeit wird ebenso in die gesellschaftliche Katastrophe führen wie eine vernunftfreie Technikfeindlichkeit. Die SPD muß (abermals) einen „dritten Weg“ aufzeigen: eine Technologie- und Technikentwicklung, die eingebettet ist in einen Werterahmen, der sich aus humanen, sozialen und ökologischen Grundinteressen der Menschen ableitet.

Die von Spöri und Maurer geforderten positiven technikpolitischen Perspektiven sind in ihren Auswirkungen klassen- und schichtenübergreifend und müssen es für die Wiedergewinnung von Mehrheitsfähigkeit auch sein. Sollte sich im Anschluß an die Südthesen eine produktive Diskussion in Partei und Fraktion entwickeln, so hätten Dieter Spöri und Uli Maurer beiden einen großen Dienst erwiesen. Dabei müßte die Diskussion bald fortschreiten zu der von beiden nicht erörterten Frage, welche Instrumente und institutionellen Veränderungen geboten sind, um dem anskizzierten Ziel einer wertorientierten Technikpolitik näherzukommen.

(-/29.6.1987/vo-he/rs)

* * *



DOKUMENTATION

Gerhard Schmid: Abschied von Bruno Friedrich

Der SPD-Europaabgeordnete Gerhard Schmid sprach am 27. Juni auf der Trauerfeier für Bruno Friedrich in Höchberg (Franken). Wir dokumentieren seine Rede.

„Wir alle haben Bruno Friedrich verloren. Die Familie den Angehörigen, wir einen Ratgeber, Freund und exzellenten Abgeordneten. Die Gruppe der SPD-Abgeordneten und die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament trauern um unseren Kollegen Bruno Friedrich.

Der Bruno war ein durch und durch politischer Mensch. Er hat stets viel verlangt, am meisten von sich. Er war selten bequem, aber ein zuverlässiger Freund.

Bruno war hervorragend. Nicht eitel besser sein wollend als andere, nur gut. Der Name Friedrich galt in der Fraktion und im Vorstand des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien in der EG als Markenzeichen. Er selbst dachte weit über den nationalen Tellerrand hinaus. Bruno war ein Patriot, der sehr früh begriff, daß wichtige Interessen seines Vaterlandes nur in der Zusammenarbeit mit europäischen Nachbarn gewahrt werden können. Er war auch da anderen voraus.

Das Vordenken war seine Leidenschaft. Fast auf den Tag genau vor elf Jahren hat mir Bruno während einer Autofahrt eine politische Predigt über die Notwendigkeit eines deutschen Beitrages zur Mittelmeerpolitik gehalten. Ich gestehe: Auch ich habe ihn damals nicht sofort verstanden. Heute gehört diese Erkenntnis zum Handwerkszeug deutscher Außenpolitik.

Die Perspektive über den Tag hinaus hat der Außenpolitiker Friedrich mit seinen Debatten zum Thema Sicherheit in die Fraktion eingebracht. Daß die EG bis jetzt dafür keine Zuständigkeiten besitzt, hat Bruno nie interessiert. Er pflegte zu sagen: „Zum Denken braucht man keine Zuständigkeiten, nur den Kopf.“ Und dieser Kopf warb unermüdlich in der Fraktion und im Parlament für die Zusammenarbeit der Europäer im Sicherheitsbereich zur Selbstbehauptung Europas gegenüber den Großmächten. Daß es im Europäischen Parlament inzwischen einen Unterausschuß ‚Abrüstung und Sicherheit‘ gibt, ist weitgehend das Verdienst von Bruno Friedrich.

Die große politische Liebe gehörte der Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn. Sein letzter Bericht im Parlament behandelte die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen der EG und der Sowjetunion. Damals lehnte der Ostblock eine Anerkennung der Gemeinschaft und Verhandlungen noch völlig ab, und viele zweifelten an einem Erfolg in absehbarer Zeit. Bruno glaubte daran. Der Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion, den ich hier vertrete, führt auf Einladung der Regierungen in diesen Tagen Gespräche in Prag, Warschau und Ostberlin. Mein letztes politisches Gespräch mit Bruno hatte diese Reise zum Gegenstand. Und ich habe ihm erzählt, daß die DDR in den EG-Ausweis von Rudi Arndt ein Dienstvisum gestempelt hat. Seine Antwort war typisch: „Siehst Du, es geht doch!“

Wir nehmen jetzt Abschied von Bruno Friedrich. Seine Kraft zum realistischen Vorwärtsträumen wird uns fehlen. Wir wollen seiner gedenken, indem wir versuchen, das fortzusetzen, was er begonnen hat.“

(-/29.6.1987/vo-he/rs)

* * *

